

Sarah Kumnig, Marit Rosol, Andrea\*s Exner (Hg.)

# Umkämpftes Grün

Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung  
und Stadtgestaltung von unten



[transcript] urban studies

**Aus:**

*Sarah Kumnig, Marit Rosol, Andreas Exner (Hg.)*

## **Umkämpftes Grün**

Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung  
und Stadtgestaltung von unten

April 2017, 268 Seiten, kart., zahlr. Abb., 29,99 €, ISBN 978-3-8376-3589-8

Urbane Gärten sind aus vielen Städten nicht mehr wegzudenken. Gemeinschaftlicher Gemüseanbau wird dabei oft als rebellischer Akt der Stadtgestaltung von unten verstanden. Gleichzeitig taucht »urban gardening« immer häufiger in Stadtentwicklungsplänen und Werbebroschüren auf.

Die Beiträger\_innen des Bandes liefern eine kritische Analyse grüner urbaner Aktivitäten und ihrer umkämpften und widersprüchlichen Rolle in aktuellen Prozessen der Neoliberalisierung des Städtischen.

**Sarah Kumnig** ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet an der Universität Wien.

**Marit Rosol** (Prof. Dr.) ist Geographin und arbeitet seit 2016 am Department of Geography an der Universität Calgary/Kanada.

**Andreas Exner** studierte Ökologie und arbeitet an einer Dissertation in Politikwissenschaft.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

[www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3589-8](http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3589-8)

Sarah Kumnig, Marit Rosol, Andreas Exner (Hg.)  
Umkämpftes Grün



SARAH KUMNIG, MARIT ROSOL, ANDREAS EXNER (HG.)

# **Umkämpftes Grün**

**Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung  
und Stadtgestaltung von unten**

**[transcript]**

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

### **© 2017 transcript Verlag, Bielefeld**

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Umschlagabbildung: Luise Müller

Lektorat: Andrea\*s Exner, Raphael Kiczka, Peter A. Krobath

Satz: Sonia Garziz, Sarah Kumnig

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-3589-8

PDF-ISBN 978-3-8394-3589-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:  
[info@transcript-verlag.de](mailto:info@transcript-verlag.de)

# Inhalt

---

## **Vorwort**

Sarah Kumnig, Marit Rosol und Andrea\*s Exner | 7

## **THEORETISCHE PERSPEKTIVEN**

### **Gemeinschaftlich gärtnern in der neoliberalen Stadt?**

Marit Rosol | 11

### **Real existierende *Commons*: Drei Momente von Raum in Gemeinschaftsgärten in New York City**

Efrat Eizenberg | 33

### **Recht auf Stadt! Lefebvre, urbaner Aktivismus und kritische Stadtforschung. Eine Rekonstruktion, Interpretation und Kritik**

Margaret Haderer | 63

## **FORSCHUNGSANSÄTZE**

### **Der Aufbau einer Strategieplattform: vom Politisieren urbaner Ernährungsbewegungen zu urbaner politischer Agrarökologie**

Barbara Van Dyck, Chiara Tornaghi, Severin Halder, Ella von der Haide und Emma Saunders | 81

### **Aktivismus trifft Forschung in Gemeinschaftsgärten – Praktische Erfahrungen mit einer fruchtbaren Beziehung**

Severin Halder, Ella von der Haide, Miren Artola und Dörte Martens | 109

## **FALLSTUDIEN**

### **Zwischen grüner Imageproduktion, partizipativer Politik und Wachstumszwang: urbane Landwirtschaft und Gärten im Kontext neoliberaler Stadtentwicklung in Wien**

Sarah Kumnig | 139

### **Der Geschmack am Gärtnern. Gemeinschaftsgärten und soziale Diversität in Wien**

Andrea\*s Exner und Isabelle Schützenberger | 161

### **Gemeinschaftsgärten und freiwillige Umweltarbeit. Die Aushandlung von Stellenwert und Bedeutung der Bürger\_innenbeteiligung in der Herstellung von Grünraum**

Marion Ernwein | 187

### **Gemeinschaftsgärten, Gemeinwohl und Gerechtigkeit im Spiegel lokaler Planungskulturen**

Martin Sondermann | 209

### **Das Politische eines Gemeinschaftsgartens – NeuLand in Köln als Experimentierort für urban commoning?**

Alexander Follmann und Valérie Viehoff | 233

### **Autor\_innen | 263**



## Vorwort

---

Die (Wieder-)Entdeckung urbanen Gärtnerns ist in vielen Städten unübersehbar. Sehr unterschiedliche Akteur\_innen beziehen sich dabei sehr positiv auf diese Praktiken: Recht auf Stadt-Aktivist\_innen bepflanzen Brachflächen, um Stadtgestaltung selbst in die Hand zu nehmen, Ernährungssouveränitäts-Interessierte üben Subsistenzwirtschaft in Hinterhöfen und Stadtverwaltungen fördern »interkulturelle« Nachbar\_innenschaftsgärten. Zudem taucht *Urban Gardening* auch immer häufiger in Stadtentwicklungsplänen und *Smart City* Leitbildern sowie in Werbevideos und Imagebroschüren auf. Nicht zuletzt aus diesem Grund kommt ihnen eine Rolle in Aufwertungs- und Privatisierungsprozessen zu. Kollektiven Gemüseanbau in Städten per se als widerständige Praxis und Kritik an einer neo-liberalen Stadtentwicklung zu beschreiben ist somit zunehmend verkürzt.

Grüne urbane Aktivitäten in ihrer Vielfalt und auch dieser Widersprüchlichkeit zu fassen und zu analysieren, war das Vorhaben eines dreijährigen Forschungsprojekts am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien<sup>1</sup>. Im Rahmen dessen wurde im Oktober 2015 eine Konferenz zum Thema »Grüne städtische Gemeingüter? Grüne urbane Aktivitäten im öffentlichen Raum – zwischen Aufwertung, Privatisierung, sozial-ökologischer Transformation und Recht auf Stadt« organisiert. Das große Interesse und die zahlreichen Teilnehmer\_innen machten deutlich, dass eine Auseinandersetzung mit der widersprüchlichen Rolle von (meist) kollektivem Gemüseanbau in der Stadt dringend notwendig ist. Dieser Sammelband ist ein Ausschnitt der anregenden Diskussionen während des Treffens.

---

1 Das Projekt „Green Urban Commons. Reconfiguring Public Spaces through Green Urban Commons“ (2013-2016) wurde vom Wiener Wissenschafts- und Technikfonds (WWTF) finanziert.

Mehr Infos unter: [greenurbancommons.wordpress.com](http://greenurbancommons.wordpress.com).

Mit diesem Band soll der wachsenden, oftmals rein deskriptiven und affirmativen Literatur zu städtischen Gartenprojekten etwas entgegengesetzt und diese um eine notwendige kritische Analyse erweitert werden. Der Fokus liegt dabei auf der umkämpften und uneinheitlichen Rolle von grünen urbanen Aktivitäten in der Neoliberalisierung des Städtischen. In den einzelnen Beiträgen wird urbanes Gärtnern im Kontext von Kommodifizierung, Aufwertung und Privatisierung städtischer Räume ebenso diskutiert wie im Zusammenhang von Befriedung und Kanalisation politischer Unzufriedenheit, der Aktivierung unbezahlter ehrenamtlicher Arbeit sowie in Bezug auf Ausschlüsse und Exklusivität innerhalb der Gartenprojekte selbst.

Während sich der erste Abschnitt theoretischen und konzeptionellen Fragen zu neoliberaler Stadtentwicklung, *Commons* und Recht auf Stadt widmet, werden im zweiten Teil die oft nur wenig diskutierten Möglichkeiten, Grenzen und Widersprüchlichkeiten von aktivistischer Forschung und forschendem Aktivismus beleuchtet. Im dritten Abschnitt werden Fallstudien aus dem deutschsprachigen Raum in ihrer Komplexität und in Bezug auf die aufgeworfenen kritisch-theoretischen Fragen analysiert. Insbesondere hier wird auch die Vielfalt gemeinschaftlichen Gärtnerns und ihre emanzipatorischen und transformativen Potenziale sichtbar.

Wir hoffen mit diesem Sammelband den Austausch, der bei dem Zusammentreffen in Wien begann, weiterzuführen und anderen zugänglich zu machen, um damit die Debatte zu urbanem Gärtnern und anderen grünen städtischen Aktivitäten solidarisch-kritisch zu bereichern.

Ein großes Dankeschön gilt dabei allen Autor\_innen, die mit ihren spannenden und wichtigen Beiträgen sowie der guten und solidarischen Zusammenarbeit den Band in dieser Form erst ermöglichten. Ganz herzlich danken wir außerdem Raphael Kiczka und Peter A. Krobath für das Lektorat, Sonia Garziz für das Layout und Luise Müller für die Illustration am Buchcover. Besonderer Dank gilt der anstiftung für ihre finanzielle Unterstützung der Publikation. Nicht zuletzt danken wir allen Freund\_innen, die durch ihre Kreativität und ihre kritischen Anmerkungen den Entstehungsprozess begleitet und bereichert haben. Ohne euch gäbe es dieses Buch nicht.

Wien und Calgary im Oktober 2016.

Sarah Kumnig, Marit Rosol und Andrea\*s Exner

# **THEORETISCHE PERSPEKTIVEN**



# Gemeinschaftlich gärtnern in der neoliberalen Stadt?

---

MARIT ROSOL

Alle Projekte, die sich im Moment in diesem sogenannten Dritten Sektor bewegen, dazu gehören [Gemeinschaftsgärten, Anm. d. A.] ja, bewegen sich auf diesem Grat. Auf diesem ganz schmalen Grat von einerseits gesellschaftlicher Veränderung und andererseits totaler Vereinahmung für das System.

FRAU BAYER/GEMEINSCHAFTSGÄRTNERIN BERLIN,  
INTERVIEW ROSOL

## **EINLEITUNG**

In ihrer äußeren Form und Größe recht unterschiedlich – von Straßenrand- und Brachflächenbegrünung über kleine Nutz- und Ziergärten bis zu parkähnlichen Anlagen – definieren sich Gemeinschaftsgärten v.a. über die gemeinschaftliche Praxis: Sie werden von einer Gruppe von Menschen gemeinsam und freiwillig geschaffen und betrieben. Vor allem in diesem sozialen Sinne unterscheiden sie sich von der stärker individualisierten Form der Kleingärten sowie von kommerziellen Formen urbaner Landwirtschaft, wie sie zumindest an den Rändern der Städte auch heute noch vielfach anzutreffen sind. Gemeinschaftsgärten bieten nicht-kommerzielle Treffpunkte und Freizeitbeschäftigungen, sind in stadtökologischer Hinsicht Lebensraum für Tiere und Pflanzen und verbessern das Mikroklima, tragen zur Subsistenz bei, erfüllen pädagogische und therapeutische Zwecke und

können auch zu Demokratisierung und politischem Engagement über den Garten hinaus beitragen. Gemeinschaftsgärten repräsentieren die Bedürfnisse und Ideen der Aktiven und stehen so für einen „Graswurzelurbanismus, d.h. die aktive und progressive Aneignung urbaner Räume durch die Bewohner\_innen. Indem ein öffentliches Gut erzeugt wird, welches nicht nur den direkt Gärtnernden zugutekommt, können Gemeinschaftsgärten gleichzeitig individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen Zwecken dienen.

Diese vielfältigen sozialen, ökologischen, ökonomischen und auch politischen Potentiale von Gemeinschaftsgärten stehen meist im Zentrum der medialen und auch wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. In dem oben genannten Zitat benennt eine Aktivistin aus Berlin jedoch auch die inneren Widersprüche gemeinschaftlichen Gärtnerns und anderer freiraumbezogener Aktivitäten in der Stadt: Auf der einen Seite sind sie durch ihren transformatorischen Anspruch, ihre subkulturellen Ursprünge und die freiwillig geleistete Arbeit gekennzeichnet. Doch genau dies, das Engagement und die ehrenamtliche Arbeit, kann auf der anderen Seite auch als Ressource genutzt werden, mit der die Privatisierung von ehemals staatlich-kommunalen Verantwortungsbereichen abgedeckt werden soll. Insofern können Gemeinschaftsgärten auch im Dienste einer neoliberalen Privatisierung staatlicher Infrastrukturen stehen.

In diesem einleitenden Beitrag werden städtische Gemeinschaftsgärten in Bezug auf ihre uneindeutige Positionierung zwischen den Polen neoliberaler versus progressiver Stadtpolitiken und *urban commoning* diskutiert. Ich möchte zeigen, dass städtische Gemeinschaftsgärten weder allein als Ausdruck einer neoliberalen Stadtplanung noch als rein oppositionell verstanden werden können. Stattdessen sollten die verschiedenen Formen und Beispiele für Gemeinschaftsgärten in ihrer unvermeidlichen Widersprüchlichkeit anerkannt werden. Dazu werden im Folgenden in Abschnitt zwei zunächst die Wurzeln der Gemeinschaftsgartenbewegung in den städtischen subkulturellen Bewegungen der 1970er Jahre aufgezeigt. Im dritten Abschnitt werden urbane Gemeinschaftsgärten als Teil einer neoliberalen *urban governance* seit etwa dem Jahr 2000 diskutiert. Verschiedene Formen der Beziehungen und Verbindungen zwischen urbanem Gärtnern und neoliberaler Governance werden anhand von Beispielen aus Deutschland und den USA, den Orten und Kontexten, mit denen ich selbst am meisten vertraut bin, aufgezeigt. Schließlich wird in Abschnitt vier das progressive Potential anhand der aktuellen Debatten um *urban commoning* diskutiert. Das Kapitel schließt mit einer kurzen Zusammenfassung sowie Schlussfolgerungen für weitere Forschungen.

## DIE WURZELN VON URBAN GARDENING IN STÄDTISCHEN OPPOSITIONSBEWEGUNGEN

Eine zentrale Wurzel der heutigen Urban-Gardening-Bewegung sind die subkulturellen und umweltbezogenen städtischen sozialen Bewegungen in den 1970er Jahren.<sup>1</sup> Dabei spielte New York City eine wichtige Rolle. Hier gründeten Aktivist\_innen 1973 in der Lower East Side den Liz Christy Garden (benannt nach einer der Gründer\_innen, der Künstlerin Liz Christy), den ersten Gemeinschaftsgarten in NYC. Im gleichen Jahr gründeten sich auch die »Green Guerillas«, eine bis heute existierende überwiegend ehrenamtlich arbeitende Unterstützungsgruppe, welche als »militantpazifistische Selbsthilfeaktion« (Meyer-Renschhausen 2004: 120) ihren Ausgang nahm. Die »Green Guerillas« wurden u.a. dafür bekannt, dass sie in einer symbolischen wie praktischen Intervention sogenannte »Samenbomben« über Zäune auf leerstehende Grundstücke warfen, um diese »illegal« und gleichzeitig sichtbar anzueignen.

Die Gärten entstanden damals als Antwort auf den Mangel an Grünflächen und auf städtischen Verfall, aber auch auf Armut, Nahrungsmittelmangel und Kriminalität. Durch Zwangsversteigerungen infolge von Steuerschulden fielen in den 1970ern – in Zeiten von Fiskalkrise und der Abwanderung der Mittelschichten in die Vororte – viele Grundstücke an die Stadt New York. Einige Gebäude auf diesen Grundstücken wurden durch Brandstiftung zerstört, andere durch die Stadt abgerissen (Schmelzkopf 2002). Genau diese dann leerstehenden Grundstücke begannen die Bewohner\_innen der Lower East Side zu nutzen (bzw. zu besetzen), von Müll und Schutt zu befreien und in Gärten zu verwandeln – ohne offizielle Genehmigung oder gar staatliche Unterstützung. Mitte der 1980er Jahre gab es bereits 1000 Gemeinschaftsgärten in NYC (Smith/Kurtz 2003). Dieses enorme Wachstum hing damit zusammen, dass aufgrund einer fehlenden zahlungskräftigen Nachfrage nach Wohn- und Geschäftsräumen innerstädtische Grundstücke als wertlos betrachtet wurden. Deshalb wurden Gemeinschaftsgärten auf öffentlichen Grundstücken toleriert, legalisiert und seit 1978 sogar durch die städtische *Operation Green Thumb* in unterschiedlicher Form unterstützt.

Dies veränderte sich in den frühen 1990er Jahren, als im Zuge der einsetzenden *urban renaissance*, d.h. einer Rückwanderung von gutverdienenden Schichten

---

1 Andere Wurzeln liegen in den war and victory gardens in den USA, welche mit dem Ziel der Nahrungsmittelversorgung der (städtischen) Bevölkerung in Kriegs- und Notzeiten staatlich initiiert und gefördert wurden (Lawson 2005, Pudup 2008), sowie in der deutschen Kleingarten- bzw. Schrebergartenbewegung (Stein 2000).

und Kapital in die Innenstädte (Porter/Shaw 2009), innerstädtische Grundstücke wieder attraktiv für die profitorientierte Verwertung wurden (Schmelzkopf 2002, 1995; Staeheli/Mitchell/Gibson 2002, Smith/Kurtz 2003, Smith/DeFilippis 1999). Da inzwischen also wieder lukrativ, bot die Stadtregierung unter Bürgermeister Guiliani Mitte der 1990er Jahre mehrere hundert stadteigene Grundstücke zum Verkauf an, welche offiziell als leer bzw. ungenutzt klassifiziert waren, auf denen sich jedoch Gemeinschaftsgärten befanden. Die Gärtnernden reagierten auf diese Privatisierungsabsichten mit massivem Protest und Lobbyarbeit und gründeten u.a. die »NYC Community Gardens Coalition«. Sie protestierten gegen den Verkauf von öffentlichen Gärten und Grundstücken und damit gegen eine neoliberale Stadtentwicklung und einem Verständnis von Stadt als gewinnmaximierendem »Unternehmen«. Im Ergebnis dieser Proteste konnten bis 2002 etwa 500 Gärten erhalten werden, u.a. auch durch privaten Ankauf der Grundstücke (für eine Kritik dieser Lösung siehe Eizenberg 2012b).

Auch in West-Berlin entstanden Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre Gemeinschaftsgärten aus dem Spektrum städtischer Oppositionsbewegungen heraus. So ging z.B. ein immer noch existierender Kinderbauernhof in Berlin-Kreuzberg 1981 aus einer Grundstücksbesetzung direkt neben der Berliner Mauer (daher der Name »Kinderbauernhof Mauerplatz«) und aus der direkten Konfrontation mit Planung und lokaler Politik hervor (Rosol 2010a; 2010b). Eine Gruppe alleinerziehender Mütter machte den Anfang; bald entwickelte sich der Kinderbauernhof zu einem Projekt, welches im ganzen Stadtteil verankert war. Das Anliegen der Gruppe »Aktion Kinderbauernhof Mauerplatz SO 36« war es, im dicht bebauten Kreuzberg einen pädagogisch betreuten grünen Freiraum vor allem für Kinder zu schaffen. Das Projekt stand dabei im größeren Zusammenhang mit der Hausbesetzungsbewegung dieser Zeit und dem Widerstand gegen die städtische »Kahlschlagsanierung«. Die Vertreter\_innen des nachbarschaftlich arbeitenden Projekts waren dabei nicht nur sozial und (umwelt)pädagogisch, sondern auch politisch engagiert. Eine Begründerin des Hofes war jahrelang in der Bezirkspolitik aktiv, u.a. als Abgeordnete in der Bezirksverordnetenversammlung. Der Kinderbauernhof ist seitdem ein integraler Bestandteil der Nachbar\_innschaft und verstand und versteht sich als Kritik und gelebte Alternative zu einer verfehlten Stadtentwicklungspolitik. Erst Ende 2001 wurde mit dem in der Bezirkspolitik lange umstrittenen Trägerverein »Kinderbauernhof Mauerplatz e.V.« ein Pachtvertrag abgeschlossen.

Einige Gärten resultieren also aus langen Kämpfen von Bewohner\_innen, welche das Aussehen und die Funktionsweise von städtischen Parks beeinflussen und



insgesamt »andere Räume« schaffen wollen. Sie unterscheiden sich deshalb im Aussehen, in der Funktion und in den Nutzungsmöglichkeiten von traditionellen Parks. Insofern können sie als Kritik und als realexistierende Alternative sowohl zu traditionellem, durch den Staat bereitgestelltem Grünraum, als auch zu kommerziell betriebenen Parkanlagen und Gärten interpretiert werden. Sie verfolgen damit also eine Dekommodifizierung städtischen Raums (und z.T. auch von Nahrungsmitteln). Diese Gärten sind städtische Freiräume, welche von den Nutzer\_innen selbst und nach ihren Vorstellungen geschaffen wurden. Die Bewohner\_innen sind nicht nur Entscheider\_innen darüber, wie z.B. ein leeres Grundstück genutzt werden soll, sondern auch verantwortlich für die Schaffung und den Betrieb dieser grünen Freiräume. Sie üben insofern Kontrolle über städtischen Raum aus – mit allerdings gegebenenfalls auch exkludierenden Wirkungen, wie im Weiteren ebenfalls gezeigt wird.

## **URBAN GARDENING ALS TEIL NEOLIBERALER STADTENTWICKLUNG**

Der vorherige Abschnitt zeigte, wie Gemeinschaftsgärten sich autoritär-staatlichen wie auch neoliberalen Entwicklungen widersetzen können. Gleichzeitig können Gemeinschaftsgärten jedoch einer neoliberalen Stadtentwicklung dienen bzw. neoliberal vereinnahmt werden. Im Folgenden identifiziere ich drei aktuelle Formen der Indienstnahme von städtischem Gemeinschaftsgärtnern im Rahmen einer Neoliberalisierung städtischer Politik und zeige einige Beispiele auf.

### **Gentrifizierung und Imagepolitiken**

Wie eingangs angedeutet, sind Gemeinschaftsgärten in ihrer Widersprüchlichkeit den sich historisch wandelnden Trends und Prozesse der Stadtpolitik unterworfen. In den postindustriellen Städten des Nordens sind dies u.a. die Zyklen von städtischen Desinvestitionen, Verfall und Vernachlässigung, welche jedoch auch Raum für unkommerzielle Nutzungen bietet, auf der einen Seite, sowie Gentrifizierung, Aufwertung und Verdrängung unprofitabler Nutzungen auf der anderen. Letztere sind mit einer Neuorientierung des lokalen Staates weg von einer Politik des sozialen Ausgleichs hin zu einer Orientierung auf Wettbewerb um Investitionen (Harvey 1989, Mayer 1991) bzw. allgemeiner einer Entwicklung weg vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat der 1970er Jahre hin zu neoliberalen Stadtpolitiken von heute verbunden. Im aktuellen Klima eines »Austeritäts-Urbanismus« haben sich die Kürzungen in den öffentlichen Ausgaben und Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen, Grundstücken und Infrastrukturen erneut verschärft. Ausgelöst

bzw. verstärkt durch die Wirtschaftskrise seit 2008 wird der Abbau staatlicher (sozialer) Aufgaben und die Privatisierung öffentlichen Eigentums zunehmend als »fiskalische Notwendigkeit« definiert und legitimiert (Peck 2012: 626). So zeigte die Entwicklung der Gemeinschaftsgärten in New York eindrücklich, dass Gemeinschaftsgärten, welche in den 1970er und 80er Jahren »flourished through a kind of benign neglect by capital accumulation« (Pudup 2008: 1232) sich in umkämpfte Räume verwandeln und in ihrer Existenz bedroht sind, sobald Immobilienpreise im Zuge allgemeiner Gentrifizierungstendenzen und einer *urban renaissance* wieder steigen. Diese Bedrohung von Gemeinschaftsgärten durch eine neoliberale Stadtentwicklung ist inzwischen recht gut erforscht.

Inzwischen – und nicht nur in New York – werden Gemeinschaftsgärten jedoch sowohl von den Kommunen als auch von Projektentwickler\_innen zunehmend als neues Instrument für eben jene Stadtentwicklung entdeckt. So sollen Gemeinschaftsgärten und urbane Landwirtschaftsprojekte der Aufwertung und Imageverbesserung dienen und damit auch die Verwertungsmöglichkeiten der jeweiligen und anliegenden Grundstücke verbessern und weitere Investitionen anlocken. So zeigen z.B. Quastel (2009) für Vancouver und Dooling (2009) für Seattle, dass *Gentrification* und die Vertreibung von Obdachlosen inzwischen oft im Namen von Nachhaltigkeit und grüner Entwicklung stattfinden. Gemeinschaftsgärten spielen dabei durchaus eine wichtige Rolle: So dienen sie z.B. ganz praktisch als Zwischennutzung für Baugrundstücke, während sie gleichzeitig die »grünen« Imagepolitiken und Marketingstrategien von Baumentwicklern untermalen sollen. Gemeinschaftsgärten werden also wie zuvor bereits subkulturelle Einrichtungen, Kunstprojekte, Bars und Clubs in profit-orientierte Strategien eingebunden, welche Viertel aufwerten und die Vermarktung von Bauprojekten vorantreiben sollen. Wie Quastel zeigt, werden Gemeinschaftsgärten dabei inzwischen sogar direkt von Projektentwicklern angelegt (Quastel 2009: 694f.). Daraus folgt: Wenn die Unterstützung von Gemeinschaftsgärten (durch die kommunalen Verwaltungen, private Investor\_innen und andere) lediglich auf Aufwertung und Verschönerung zielen, ist eine Gentrifizierung regelmäßig die Folge.

Daraus ergibt sich eine neue problematische Situation für die Gartenaktivist\_innen: Zwar sind Gemeinschaftsgärten nicht die Ursache für oder gar Profiteure von *Gentrification* (dies bleiben die Grundstücks-, Haus- und Hauseigentümer\_innen), und oft genug leiden Aktivist\_innen selbst unter steigenden Mietpreisen im Viertel (vgl. u.a. Rosol 2006: 259). Doch wenn Strategien zur Verbesserung der Lebensqualität in Stadtvierteln – wie z.B. die Anlage eines Gemeinschaftsgartens – nicht mit Mechanismen verbunden werden, welche die Verdrängung der ansässigen Bevölkerung verhindern und die Mietpreise

bezahlbar halten, können selbst alternative Projekte ungewollt zum Motor von Gentrifizierung werden. Insofern besteht die politische Aufgabe heutzutage nicht nur darin, sich für die Unterstützung und die Akzeptanz urbanen Gärtnerns einzusetzen, sondern auch gegen Verdrängungsprozesse. Wie also können sich Aktivist\_innen und ihre Unterstützer\_innen weiterhin für Gärten einsetzen und sich gleichzeitig einer *Gentrification* entgegenstellen? Der erste Schritt wäre es, genau diese Zusammenhänge zu thematisieren. Weitergehend sind themen- und ortsübergreifende Koalitionen gegen Verdrängung und für die Schaffung politischer Mechanismen, um eben jene zu verhindern. So engagieren sich z.B. in Oakland, Kalifornien, urbane Landwirtschafts- und »Food Justice«-Gruppen wie »Phat Beets Produce« in politischen Koalitionen mit Wohn- und Anti-Gentrification-Gruppen gegen *Gentrification*.<sup>2</sup>

### **Vereinnahmung ehrenamtlicher Arbeit**

Zweitens kann auch die Nutzung unbezahlter ehrenamtlicher Arbeit der Gärtnernden als eine Form des Neoliberalismus bezeichnet werden. Peck und Tickell unterscheiden zwischen dem »roll-back« des keynesianischen Wohlfahrtsstaates in den 1980er Jahren und dem »roll-out« neoliberaler Institutionen in den 1990er Jahren, welche sie bereits als Reaktion auf die internen Widersprüche des neoliberalen Projekts ansehen (Peck/Tickell 2002). Dieser »roll-out« Neoliberalismus beinhaltet »new state forms, new modes of regulation, new regimes of governance, with the aim of consolidating and managing both marketization and its consequences.« (Peck/Tickell 2007: 33, vgl. auch die Zusammenfassung auf S. 34). Zentral für die Diskussion von Gemeinschaftsgärten ist dabei die zunehmende Bedeutung einer »governance-beyond-the-state« (Swyngedouw 2005), d.h. die zunehmende Partizipation von nichtstaatlichen Akteur\_innen in (lokal)staatlichen Entscheidungsprozessen und die Transformation von Rollen, Verantwortlichkeiten und institutionellen Konfigurationen des (lokalen) Staates, der Bürger\_innen und Stadtentwicklungspolitiken.

In vielen Fällen zielt diese Einbeziehung nichtstaatlicher Akteur\_innen weniger auf die partizipativen Rechte der Bürger\_innen, sondern auf eine Auslagerung traditioneller staatlicher Verantwortungsbereiche auf zivilgesellschaftliche Organisationen (z.B. Fyfe 2005). Dies wird besonders deutlich bei der Übertragung von Verantwortung für das Dienstleistungsangebot auf den profitorientierten und

---

2 Vgl. <http://www.phatbeetsproduce.org/full-statement-on-gentrification/>.

gemeinnützigen Sektor und auf Ehrenamtliche (Bondi/Laurie 2005, Milligan/Conradson 2006, Fyfe/Milligan 2003). Die Rolle des Ehrenamts- bzw. des Dritten Sektors besteht dann darin, die Defizite in den Diensten und Sozialleistungen aufzufangen, welche aus den Kürzungen der Hilfen und der Finanzausstattung resultieren (Wolch 1989, 1990). Die zunehmende Einbindung des Dritten Sektors in die Erbringung vormals staatlicher Leistungen wiederum führte zu einer zunehmenden Professionalisierung des Dritten Sektors, die Übernahme von betriebswirtschaftlichen Logiken und einer zunehmenden Konkurrenz zwischen ehrenamtlichen Organisationen zulasten von Kooperationen (Wolch 2006). Mit dem Ruf nach mehr bürgerschaftlichem Engagement und mehr Partizipation wird auch die Verantwortung für städtische Freiflächen verlagert. Somit kann die Nutzung der unbezahlten Arbeit von Gärtnern als neoliberale *Roll out-Strategie* bezeichnet werden (Rosol 2012, Ghose/Pettygrove 2014; in Bezug auf urbane Landwirtschaft vgl. McClintock 2014).

Oft gehen dabei *Roll back* und *Roll out-Strategien* Hand in Hand. In Berlin z.B. schuf der *Roll back-Neoliberalismus* die Voraussetzungen für diese neuen Formen des Betriebs öffentlicher Grünflächen, denn viele der Gartenprojekte entstanden aufgrund des Rückzugs des lokalen Staates aus der Bereitstellung von (sozialen) Infrastrukturen und aufgrund der Haushaltskrise. Zum einen lagen Flächen brach, weil öffentliche Infrastruktureinrichtungen aufgrund der fehlenden Finanzierung nicht gebaut wurden (konkret: ein öffentlicher Spielplatz, eine Polizeiwache, ein Schulgarten). Zweitens ist das Engagement der Bewohner\_innen auch als Reaktion auf die vernachlässigten Grünflächen zu verstehen, welche aus den Budgetkürzungen resultieren. Insofern sind diese Gärten also eine Antwort auf die Missstände und Kürzungen im Grünflächenbereich und damit eines *Roll back-Neoliberalismus*. Sie wurden gleichzeitig durch einen *Roll out-Neoliberalismus* und dessen Förderung von Ehrenamt ermutigt. Allerdings gelingt diese Vereinnahmung der ehrenamtlichen Arbeit nur begrenzt: Im Gegensatz zu anderen Formen des freiwilligen Engagements wie zum Beispiel die dauerhafte Verantwortungsübernahme für bestehende Grünflächen oder der sporadische Freiwilligen-Tag, schaffen die beteiligten Bewohner\_innen i.d.R. neue Grünflächen nach ihren eigenen Ideen und Regeln und stellen deshalb i.d.R. auch keine Entlastung für die Grünflächenämter dar (vgl. empirisch für Berlin Rosol 2012).

Auch jenseits des Engagements für Grünflächen im engeren Sinne ist eine Verlagerung der Verantwortung für soziale Wohlfahrt auf zivilgesellschaftliche Organisationen wie z.B. Gartengruppen zu erkennen. In ihrer Arbeit zu Gemeinschaftsgärten in Buffalo, NY, beobachtete Knigge (2009) z.B., dass Gemeinschaftsgartenorganisationen auch verschiedene soziale Dienste anbieten, welche über

diejenigen, die typischerweise mit Gärten assoziiert werden, hinausgehen. Dazu gehören z.B. Angebote für Migrant\_innen, Lebensmittelverteilstellen, Hortprogramme, Hausaufgabenbetreuung, Notunterkünfte sowie Kleiderkammern. Sie führt diese ausgeweiteten Aufgabenbereiche von Gemeinschaftsgärten auf die Verlagerung der Verantwortung für die öffentliche Wohlfahrt auf Individuen und die Zivilgesellschaft zurück, welche darüber hinaus insbesondere Frauen, ethnische Minderheiten und Migrant\_innen treffe. Sie analysiert Gemeinschaftsgärten deshalb in einem allgemeineren Kontext von staatlicher Restrukturierung und Abbau des Sozialstaates und identifiziert sie als Selbsthilfe, mit denen die verheerenden Effekte neoliberaler Restrukturierung kompensiert werden sollen. Auch Pudup stellt diese Verbindung her und kritisiert, dass »voluntary and third sector initiatives organized around principles of self-improvement and moral responsibility stand in for state sponsored social policies and programs premised on collective responses to social risk« (Pudup 2008: 1229).

### **Regieren über Gemeinschaft und Technologien des Selbst**

Die Betonung von Ehrenamt und Selbsthilfe auch in Bezug auf städtische Grünflächen wird umso problematischer, wenn zivilgesellschaftliches Engagement exklusiv mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und Werten verbunden wird. Dies kann exklusive oder sogar »revanchistische« (Smith 1996) Räume befördern. Wenn Gemeinschaftsgärten in einigen Vierteln erlaubt oder sogar forciert werden und in anderen nicht und sie z.B. begrenzt werden auf Zwischennutzungen, kann dies auch als staatliche Strategie zur Aufrechterhaltung von Kontrolle über Raum und die städtische Bevölkerung angesehen werden (Ghose/Pettygrove 2014; für Berlin vgl. Rosol 2010b). Wenn der lokale Staat im Unterschied zu fordistischen Zeiten intensivierte Partizipation in der Gestaltung öffentlicher Grünflächen »erlaubt«, um sich selbst der Arbeit zu entledigen, werden diese Projekte und Räume von bestimmten Gruppen, i.d.R. aus der Mittelschicht, angeeignet, da diese besser ihre Bedürfnisse und Forderungen artikulieren können. Andere Gruppen verlieren hingegen möglicherweise an Einfluss. Ähnlich problematisch sind die zu beobachtenden Tendenzen der lokalen Verwaltungen, die wenigen noch verfügbaren Finanzmittel für diejenigen Grünflächen und Parks einzusetzen, in denen bereits zivilgesellschaftliches Engagement stattfindet. Dies ist als Anerkennung dieses Engagements grundsätzlich zu begrüßen. Doch in der Folge verschärft sich die Unterfinanzierung der Gebiete, in denen es dieses Engagement nicht gibt. Und genau dies sind oft die Quartiere mit den größten Bedürfnissen, den größten Mängeln an öffentlicher und privater Infrastruktur und einer Bevölkerung unter starkem ökonomischen

Druck und Zeitmangel, für welche ehrenamtliches Engagement für die Grünflächen im Quartier schlicht nicht möglich ist.

Somit liegt das Problem eines zivilgesellschaftlich organisierten kollektiven Konsums nicht nur in der Verlagerung öffentlicher Aufgaben, sondern auch in Veränderungen der Logik des Regierens. Öffentliche Freiflächen, welche von Gemeinschaften von Nachbar\_innen geschaffen und betreut werden, führen zu einer bestimmten Form sozialer Kontrolle und sind Teil einer Regierungsweise, genauer eines »governing through community« (Rose 1996). Das bedeutet, dass z.B. die Möglichkeiten von marginalisierten Stadtbewohner\_innen, sichtbar zu werden und an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen »are increasingly defined in terms of their own abilities to govern themselves as a community« (Maskovsky 2006: 77).

Diese Regierungsweise kombiniert die politischen Rationalitäten eines neoliberalen Ethos von Selbstverantwortung des Individuums mit dem neokommunitaristischen Ideal von aktiver Bürgerschaft und der Förderung von Gemeinschaftssinn (Rose 1996). Wie Dean betont, ist der neoliberale Fokus auf das sich selbstregierende Individuum keineswegs antithetisch zu der Idee von Gemeinschaft. Wenn die zentrale Rationalität liberalen Denkens die »Freiheit« von »Individuen« ist, in einer Welt, in welcher »there is no such thing as society« (Thatcher 1987), funktioniert die Ausübung dieser Freiheit für verantwortliche und autonome Subjekte in Form von freiwilligen Assoziationen und ehrenamtlicher Arbeit, d.h. in und für die »Gemeinschaft« (Dean 1999: 152). Deshalb kompensiert Gemeinschaft nicht einfach nur das neoliberale Versagen wie oben bereits diskutiert (vgl. auch Mayer 2003; Jessop 2007). Sie ist die *notwendige* Verbindung von einer Regierung des Selbst mit der Regierung der Bevölkerung und deshalb ein Grundpfeiler neoliberalen Denkens (Rosol 2013).

In Bezug auf städtisches Gärtnern beobachtet z.B. Pudup in ihrer Arbeit zu organisierten Gartenprojekten in der San Francisco Bay – welche sich oft in Einrichtungen wie Schulen, Kliniken oder Gefängnissen befinden – einen »rise of gardens [...] as spaces in which gardening puts individuals in charge of their own adjustment(s) to economic restructuring and social dislocation through self-help technologies« (Pudup 2008: 1228). Diese Projekte konditionieren also die Teilnehmenden darauf, Veränderungen durch individuelle Anstrengung statt kollektiver Organisation herbeizuführen. Ihr zufolge basieren diese Projekte auf dem Versprechen, dass »direct contact with nature, through gardening, will transform people who are otherwise poor and socially and culturally marginalized« (Pudup 2008: 1230). Sie interpretiert dies als Form neoliberaler Gouvernamentalität (zum Begriff der – neoliberalen – Gouvernamentalität ausführlich siehe Rosol/Schipper 2014)

mit einer Betonung der Technologien des Selbst. Auch Eaton diskutiert lokale Ernährungsprojekte in Ontario, Kanada, als Form von Neokommunitarismus und neoliberaler Politiken (Eaton 2008).

## GEMEINSCHAFTSGÄRTNERN ALS URBAN COMMONING

»Commons suggest alternative, non-commodified means to fulfil social needs, e.g. to obtain social wealth and to organise social production. Commons are necessarily created and sustained by ›communities‹, i.e. by social networks of mutual aid, solidarity, and practices of human exchange that are not reduced to the market form.« (De Angelis 2003: 1)

Die progressiven Potentiale von Gemeinschaftsgärten werden heutzutage oft als »(green) urban commoning« diskutiert.<sup>3</sup> Das wiedererwachte Interesse an *Commons* kann als Antwort auf Neoliberalisierungsprozesse und der zerstörerischen Effekte, die mit Liberalisierung, Privatisierung und Abbau des Wohlfahrtsstaates einhergehen, angesehen werden. Da zudem die neoliberalen Transformationsprozesse aktiv durch die Nationalstaaten vorangetrieben wurden – indem v.a. die Regulierung der Kapitalakkumulation abgebaut und Privatisierungen ermöglicht und gefördert wurden – wird nach Formen gesucht, welche sozialen Wohlstand und eine soziale Reproduktion außerhalb der dichtotomen Vorstellung von privat (=warenförmig und gewinnorientiert) versus öffentlich (=staatlich) ermöglichen können. Entsprechend reizvoll erscheint der Gedanke von *Commons*. Die Idee der *Commons* drückt den Anspruch auf kollektive Rechte und Interessen aus, welche weder warenförmig und mit individuellen Eigentumstiteln verbunden sind noch vom Staat kontrolliert werden (McCarthy 2009: 509). Es ist eine Suche nach alternativen sozialen Beziehungen und Werten. Dabei bestehen *Commons* keineswegs nur aus materiellen Ressourcen, weshalb auch eine Übersetzung als »Gemeingüter« zu kurz greift. Vielmehr können *Commons* nicht ohne Gemeinschaften sowie demokratisch ausgehandelte Regeln existieren. Insofern gibt es keine *Commons* ohne *commoning* und

»the common is not to be construed, therefore, as a particular kind of thing, asset or even social process, but as an unstable and malleable social relation between a particular

---

3 Vgl. u.a. auch die schwedische Website <http://www.urbangreencommons.com>.

self-defined social group and those aspects of its actually existing or yet- to-be-created social and/or physical environment deemed crucial to its life and livelihood« (Harvey 2012: 73).

In einem radikalen Sinne und über eine bloße gemeinsame Verwaltung von Gemeinschaftsgütern (»common-pool-resources«) hinaus, können die *urban commons* definiert werden als Orte und Prozesse der kollektiven (aber nicht notwendig vollständig frei zugänglichen), kooperativen und nicht-warenförmigen Schaffung, Erhaltung und Veränderung von städtischen Räumen (Chatterton 2010; für eine andere Definition siehe Colding et al. 2013).<sup>4</sup> *Urban commons* versuchen, städtische Politiken und potentiell auch städtische Gesellschaften zu beeinflussen und sich den permanenten Prozessen von Einhegungen und Privatisierungen – bzw. immer neuen Runden von »accumulation by dispossession« (Harvey 2003) – in der neoliberalen Stadt entgegenzustellen. Harvey (2011) und Blackmar (2006) erinnern uns in ihren exzellente Kritiken an Garreth Hardins klassischen Artikel »The Tragedy of the Commons« und seiner weithin akzeptierten Missinterpretation der Commons-Idee daran, dass das Problem, welches von Hardin identifiziert wird (Bodendegradation und Umweltzerstörung aufgrund von Übernutzung) die Folge von privatem Eigentum und dem Zwang zur Profitmaximierung im Rahmen eines unregulierten Kapitalismus ist. Die reale Tragödie liege im Verlust der *Commons* und dem Entzug der Existenzgrundlage der Menschen sowie im Eigentumsrechte-Diskurs.

In ihrer Arbeit zu Gemeinschaftsgärten in NYC zeigt Eizenberg auf, dass die »manifestations of an alternative political project« (Eizenberg 2012a: 764) der *Commons* zwar niemals fertig und perfekt sind, nichtsdestotrotz bereits existieren (Eizenberg 2012a: 765; sowie Eizenberg 2017 in diesem Band). Sie müssen allerdings tagtäglich hergestellt und verhandelt werden, basierend auf Kooperation und Kommunikation (Eizenberg 2012a: 766). Dies bedeutet, sich mit keineswegs trivialen Fragen zu beschäftigen wie z.B.: Sollten bestimmte städtische Räume für Wohnungsbau, Freizeit, Nahrungsmittelproduktion oder als soziale Treffpunkte genutzt werden? Von wem? Von wem nicht, d.h. wer oder welche Nutzungen müssen ggf. auch ausgeschlossen werden, um die *urban commons* zu schützen? Wie? Nach welchen Regeln wird dies entschieden – und wie können diese Regeln auch verändert werden? Wie können Sanktionen ge-

---

4 Die Stadt ist natürlich nicht die einzige geographische Maßstabsebene auf welcher Commons gefordert oder debattiert werden (McCarthy 2009), jedoch von besonderem Interesse für dieses Kapitel.



gen Nutzer\_innen, die gegen diese Regeln verstoßen, durchgesetzt werden? Und auch: Auf welche Weise steht dies dann jeweils im Zusammenhang mit anderen geographischen Maßstabsebenen – sowie staatlichen und öffentlichen Gütern? Die *Commons* müssen permanent bewahrt und geschützt werden, da der Kapitalismus fortwährend versucht, seine Warenlogik auszudehnen und entsprechend alle anderen Räume und Versuche banalisiert, herabsetzt, zerstört und einhegt (Harvey 2011). Die *Commons* zu schützen und zu bewahren erfordert deshalb z.B. auch die Suche nach rechtlichen Lösungen, um diese Räume, welche weder privat noch öffentlich sind, zu schützen – im Rahmen eines Rechtssystems, welches eben solche Räume und diese Form von sozialen Beziehungen negiert.

Eizenberg war eine der Ersten, welche Gemeinschaftsgärten (in NYC) ausführlich als *urban commons* diskutierte. Dabei bezieht sie sich zunächst auf Karl Linn (1999), welcher den kollektiven Betrieb von Gemeinschaftsgärten und die Möglichkeit der Selbstversorgung als Beleg für ein *urban commons* anführt. Allerdings geht sie über Linn und sein im Wesentlichen nur materielles Verständnis von *Commons* als Gemeingut hinaus und entwickelt die Idee der *Commons* theoretisch weiter. Zu diesem Zweck präsentiert sie eine detaillierte Analyse von Gemeinschaftsgärten in New York und den dort vorzufindenden Praktiken, Erfahrungen, Subjektivierungen, Wissensproduktionen und sozialen Beziehungen. So identifiziert sie u.a. die Verschiebung von einer gärtnerischen Praxis hin zu einem politischen Aktivismus, welche in den 1990er Jahren angesichts der Bedrohung durch die Guiliani-Administration nötig wurde (s.o.). Sie folgert, dass die realexistierenden *urban commons* Alternativen zu kapitalistischen Verhältnissen und Beziehungen schaffen und befördern können, da sie einen Mechanismus für Umverteilung schaffen, die hegemonale Ordnung der Organisation und Planung von städtischem Raum sowie die Markt- und Profitlogik, welche den städtischen Raum dominieren, herausfordern. Gemeinschaftsgärten fördern die Logik von Tauschwert und (abstraktem)<sup>5</sup> privatem Eigentum heraus, welche die Nutzung und Produktion städtischer Räume bestimmt. Zudem können sie ehemals private und warenförmig organisierte Räume verändern und dekommodifizieren. Und sie können alternative Räume in einem sehr konkreten und doch weitreichenden Lefebvrianischen Sinne eines »Rechts auf Stadt« schaffen (Eizenberg 2012a: 779; zu einer Kritik vgl. Haderer 2017 in diesem Band).<sup>6</sup>

---

5 Abstrakt in dem Sinne, dass es nicht vom Eigentümer bzw. der Eigentümerin selbst genutzt wird.

6 Andere Autor\_innen sehen z.B. auch die städtische Nahrungsmittelproduktion in Gemeinschaftsgärten als Recht auf Stadt an (Purcell/Tyman 2014).

Jedoch nicht nur in New York werden Gemeinschaftsgärten als neue *urban commons* diskutiert. Zum Beispiel möchte auch das Berliner Gemeinschaftsgartenprojekt »Allmende-Kontor« (Allmende ist das deutsche Wort für *Commons*, welches historisch die noch nicht eingehetzten dörflichen landwirtschaftlichen Nutzflächen in gemeinschaftlichem Eigentum bezeichnet) zu Debatten um alternative Eigentumsregime und der Wiedererschaffung der (*urban*) *commons* beitragen (Meyer-Renschhausen 2015). Der Allmende-Kontor wurde 2011 auf dem früheren Flughafen Berlin-Tempelhof gegründet und wird momentan von etwa 500 Gärtnernden betrieben.<sup>7</sup> Er dient als wichtiger Vernetzungsort und Knotenpunkt im Gemeinschaftsgärternetzwerk in Berlin und Deutschland insgesamt. Er sieht sich selbst als Lernort für kollektive Selbstorganisation der *urban commons* und versucht, »Raum für Alternativen zur Konsum-, Wachstums- und Wegwerfgesellschaft« (Martens/Zacharias/Hehl 2014: 49) zu schaffen (vgl. Allmende-Kontor AG Forschung 2017 in diesem Band).

In Köln wurde 2012 der Gemeinschaftsgarten »Neuland« als politisches Projekt auf einer politisch stark umstrittenen Brache gegründet (vgl. Follmann/Viehoff 2017 in diesem Band). Der Auslöser war zunächst nicht die Idee eines Gartens, sondern der Wunsch, die Nutzung eines bestimmten brachliegenden Grundstücks und die Nutzung des städtischen Raumes insgesamt zu beeinflussen. Ein Garten wurde als Instrument bzw. Medium gewählt, um die Forderung nach einer grüneren und gerechteren Stadt zu vermitteln. So sollten mit neuen Formen von *urban commoning* und dem Slogan »Recht auf Stadt« experimentiert werden (Follmann/Viehoff 2015). Mit dem Ziel, politisches Bewusstsein zu bilden und zu erweitern und einen neuen Anspruch auf Stadt zu formulieren, bringen das Projekt und gerade auch die gärtnerischen Praktiken eine große Spannweite von Aktivist\_innen und Nutzer\_innen mit sehr unterschiedlichem Hintergrund zusammen. Das Projekt drückt dabei nicht nur allgemeinen Protest gegen die Neoliberalisierung von urbanen Räumen und Politiken aus, sondern fordert die neoliberalen Logiken, welche die aktuellen Flächennutzungen bestimmen, direkt heraus. Follmann und Viehoff interpretieren Neuland als »an example of an actually existing urban common in-the-making« (Follmann/Viehoff 2015: 1164) und diskutieren auch die Schwierigkeiten, die dies mit sich bringt (z.B. Neuland als offene und inklusive *urban commons* zu kommunizieren, neoliberale Vereinnahmung und Flächennutzungskonflikte, Neuland als Einhegung), und wie die

---

7 [Http://www.allmende-kontor.de/index.php/gemeinschaftsgarten.html](http://www.allmende-kontor.de/index.php/gemeinschaftsgarten.html).

Neuland-Gärtnernden mit diesen Herausforderungen umgehen. Die Autor\_innen schlussfolgern, dass auch diese nicht-perfekten und vermutlich für lange Zeit im Entstehen begriffenen *urban commons* eine Transition hin zu einer demokratischeren Gestaltung von Stadt insgesamt befördern können (ebd.: 1169).

Ebenfalls in Deutschland wurde 2012 ein Manifest mit dem Namen »Die Stadt ist unser Garten« von Aktivist\_innen der oben genannten zwei und weiteren Gärten als politische Aktion und Intervention in Stadtpolitik initiiert. Es versucht, in Reaktion auf die in Abschnitt 3 diskutierten Tendenzen, die wachsende Gemeinschaftsgartenbewegung politisch zu (re-)positionieren. So definiert das Manifest Gemeinschaftsgärten z.B. als »Gemeingüter, die der zunehmenden Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums entgegenwirken«. <sup>8</sup> Es kritisiert Politik und Stadtplanung dafür, auf der einen Seite ehrenamtliches Engagement und Gemeinschaftsgärten zu begrüßen, auf der anderen Seite jedoch Politik v.a. an den Verwertungsmöglichkeiten von Flächen auszurichten. Diese zwiespältige Politik resultiert oft in einem prekären rechtlichen Status und einem Mangel an angemessener Perspektive für viele Gemeinschaftsgärten. Die Aktivist\_innen kritisieren auch die zunehmende Vereinnahmung von Gemeinschaftsgärten für Werbe- und andere kommerzielle Zwecke durch Unternehmen. Gegen diese Tendenzen proklamieren sie Gemeinschaftsgärtnern als *commoning* und als »Recht auf Stadt«. Inzwischen (Stand Okt. 2016) haben fast 150 Gartengruppen und einige andere deutsche Organisationen dieses Manifest unterzeichnet.

All diese Beispiele zeigen die progressiven und transformativen Potentiale von Gemeinschaftsgärten auf, welche sich den neoliberalen Tendenzen aktueller Stadtpolitiken entgegenstellen können – aber auch die Schwierigkeiten und Widersprüche in diesem Bestreben.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

In diesem Beitrag wurden die widersprüchlichen Politiken vom städtischen gemeinschaftlichen Gärtnern diskutiert. Auf der einen Seite identifizierte ich drei Formen des Zusammenhangs von Gemeinschaftsgärtnern mit Neoliberalisierungsprozessen und wie sie diese gegebenenfalls auch verstärken. Zu diesem Zweck diskutierte ich in Abschnitt 3 Gentrifizierung, die Rolle von ehrenamtlichem

---

8 [Http://urbangardeningmanifest.de](http://urbangardeningmanifest.de).

Engagement innerhalb neoliberaler städtischer Politiken und schließlich ein Regieren über Gemeinschaft und Technologien des Selbst.

Auf der anderen Seite liegen die Wurzeln des Gemeinschaftsgärtnerns in städtischen Oppositionsbewegungen. In den letzten Jahren hat zudem die Diskussion um *urban commoning* eine große Bedeutung innerhalb der Gemeinschaftsgartenbewegung erlangt. Dies erlaubt neue Perspektiven auf *Urban Gardening* und bringt neuen Enthusiasmus, da die Idee der Schaffung von *urban commons* weit über das eigentliche Gärtnern hinausgeht. Nichtsdestotrotz birgt der Bezug auf die *Commons* auch einige Fallstricke: So zeigt Blackmar die Wiederbelebung des Begriffs der *Commons* in den 1960er Jahren auch durch neoliberale Ökonom\_innen (neben der Umweltbewegung sowie marxistischen Historiker\_innen) sowie die Vereinnahmung des Begriffes durch *New-Urbanism-Immobilienentwickler\_innen* seit den 1990ern auf (Blackmar 2006). Blackmar, ebenso wie McCarthy stellen zudem heraus, dass die Ablehnung des Staates innerhalb der *Commons-Bewegung* und die Privilegierung von Gemeinschaften für die Organisation sozialer Reproduktion frappierende Ähnlichkeiten mit neoliberalen Ideologien zeigt, die sie ja vorgeblich ablehnen (McCarthy 2009: 511–512, 2005). Insofern müssen auch weiterhin andere Antworten auf den ungezügelten Neoliberalismus gesucht und diskutiert werden, z.B. ein radikales Neudenken und Demokratisieren öffentlicher Eigentumsformen (Cumbers 2012).

Was uns diese Beispiele urbanen Gärtnerns nichtsdestotrotz zeigen, ist, dass solcherart Projekte existieren und an Alternativen im Hier und Jetzt arbeiten. Oft sind es nur kleine Projekte, welche aber auf größere Veränderungen zielen, auf die Wiedererlangung einer kollektiven Kontrolle über den städtischen Raum und städtische Politik. Sie sind eine Provokation der Logik des Privateigentums und bieten Raum für nicht-kommerzielle Freizeitaktivitäten sowie für direktes Erlernen von Solidarität und gegenseitiger Hilfe. Zudem können Gemeinschaftsgärten ein Ort von sozialen und politischen Lernprozessen sein. So ermöglicht z.B. der Prozess der kollektiven Schaffung und Erhaltung solcher Gärten die Einübung (basis-) demokratischer Fähigkeiten. Die Besonderheit liegt daran, dass die Praxis des Gärtnerns niedragschwellige Formen von Lernen durch non-verbale Formen der Kommunikation und Interaktion zwischen sozialen Gruppen ermöglicht. Gemeinschaftsgärten ermöglichen so Begegnungen über soziale und ethnisch-religiöse Grenzen hinweg (für die Beispiele Belfast und Dublin vgl. Corcoran/Kettle 2015) und können Knotenpunkte für Solidarität und wachsendes politisches Bewusstsein werden. Auf diese Weise können sie also auch helfen, Alternativen zu einer neoliberalen Stadtentwicklung denk- und erlebbar zu machen (Rosol 2010b).

Aufgrund dieser Widersprüchlichkeit argumentiere ich, dass eine universale Frage, ob Gemeinschaftsgärtnern ein Ausdruck einer städtischen Neoliberalisierung oder aber von *urban commoning* ist, eine falsche Opposition aufmacht. Zumindest kann sie niemals abstrakt beantwortet werden. Das Interessante an Gemeinschaftsgärten ist gerade, dass sie niemals Entweder-oder sind, sondern immer das Potential haben, beides zu sein. Wie Ghose und Pettygrove schreiben, können Gemeinschaftsgärten »simultaneously contest and reinforce local neoliberal policies« (Ghose/Pettygrove 2014: 1092). Auch McClintock schreibt, dass städtische Landwirtschaft (ebenso wie urbanes Gärtnern) »radical and neoliberal at once« (McClintock 2014: 157) sein kann und notwendigerweise ist, denn »contradictory processes of capitalism both *create opportunities for urban agriculture and impose obstacles to its expansion*« (McClintock 2014: 157, Hervorhebung im Original).

Deshalb stimme ich mit McClintock in seiner Forderung überein, den oben genannten Dualismus zu überwinden. Stattdessen, so schlägt er vor, sollten wir uns auf die spezifischen Projekte konzentrieren, um besser zu verstehen, welche Spannungen und Widersprüche dies beinhaltet – auf den verschiedenen Maßstabsebenen, also keinesfalls nur auf der lokalen Ebene. Auch ich plädiere für die detaillierte Analyse von sowohl spezifischen Projekten als auch dem allgemeinen Kontext ihrer Aktivitäten. Das bedeutet z.B., die Ziele und Ansprüche, Praktiken und Arbeitsweisen, sowie Reflexionen ihres eigenen Tuns und des Kontextes, in dem sie arbeiten, sowie die Effekte ihres Wirkens auf den verschiedenen Ebenen (z.B. für das alltägliche Leben einiger Bewohner\_innen oder den grundsätzlicheren Strukturen städtischer Politik) zu untersuchen. Dies beinhaltet notwendig eine Reflexion des sich historisch verändernden Verhältnisses zum (lokalen) Staat und privatwirtschaftlichen Aktivitäten. Es muss dann also z.B. gefragt werden, inwieweit die Gärten bzw. das Engagement der Gärtnernden der Vergrößerung einer staatlichen Kontrolle oder einem wachsenden Einfluss von wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen dienen. Gleichzeitig bleiben jedoch auch Verallgemeinerungen für Fälle mit ähnlichen Kontextbedingungen möglich und wissenschaftliche Aufgabe.

McClintock warnt uns auch vor den potentiell kontraproduktiven Effekten einer Kritik an städtischen Garten- bzw. Landwirtschaftsprojekten, ähnlich wie sie im dritten Abschnitt dieses Beitrags dargelegt wurde. Ich halte diese Kritiken dennoch für sehr wichtig, da die Gärten dem sozialen, wirtschaftlichen und institutionellen Kontext nicht entfliehen können. Dabei muss zwar auch anerkannt werden, dass in einigen Fällen, wie z.B. in Griechenland, eine Kritik der neoliberalen Vereinnahmung von ehrenamtlichem Engagement »the level of bare necessity that needs to be covered on the spot [by grassroots-initiatives based on voluntary

work, Anm.d.A.] and not in some opportune future moment« (Vaiou/Kalandides 2015) nicht ignorieren kann. Aber diese wichtige Feststellung stärkt letztlich mein Argument, dass wir eine sorgfältige und historisch wie geographisch spezifische Analyse der Projekte ebenso wie des Feldes, in dem sie agieren, brauchen. Dies ist aus meiner Sicht die Hauptaufgabe von kritischer und gleichzeitig solidarischer Wissenschaft. Das Wissen und das Bewusstsein um den sozialen, wirtschaftlichen und institutionellen Kontext soll uns helfen, uns kritisch mit dieser Realität auseinanderzusetzen, mit diesen Widersprüchen im Alltag umzugehen, und so zu einer tatsächlichen Transformation der derzeitig vorherrschenden (neoliberalen) Logik urbaner Prozesse zu gelangen.

## LITERATUR

- Blackmar, Elizabeth (2006): »Appropriating ›the commons‹: The tragedy of property right discourse«, in: Low, Setha/Smith, Neil (Hg.): *The politics of public space*, New York: Routledge, S. 49-80.
- Bondi, Liz/Nina Laurie (2005): »Working the Spaces of Neoliberalism: Activism, Professionalisation and Incorporation. Introduction«, in: *Antipode*, 37 (3), S. 394-401.
- Chatterton, Paul (2010): »Seeking the urban common: Furthering the debate on spatial justice«, in: *City*, 14 (6), S. 625-628.
- Colding, Johan/Barthel, Stephan/Bendt, Pim/Snep, Robbert/van der Knaap, Wim/Ernstson, Henrik (2013): »Urban green commons: Insights on urban common property systems«, in: *Global Environmental Change*, 23 (5), S. 1039-1051.
- Corcoran, Mary P./Kettle, Patricia C. (2015): »Urban agriculture, civil interfaces and moving beyond difference: the experiences of plot holders in Dublin and Belfast«, in: *Local Environment*, 20 (10), S. 1215-1230.
- Cumbers, Andrew (2012): *Reclaiming Public Ownership. Making Space for Economic Democracy*, London: Zed Books.
- De Angelis, Massimo (2003): »Reflections on alternatives, commons and communities or building a new world from the bottom up«, in: *The Commoner* (6), S. 1-14.
- Dean, Mitchell (1999): *Governmentality*, London: Sage.
- Dooling, Sarah (2009): »Ecological Gentrification: A Research Agenda Exploring Justice in the City«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 33 (3), S. 621-639.

- Eaton, Emily (2008): »From feeding the locals to selling the locale: Adapting local sustainable food projects in Niagara to neocommunitarianism and neoliberalism«, in: *Geoforum*, 39 (2), S. 994-1006.
- Eizenberg, Efrat (2012a): »Actually Existing Commons: Three Moments of Space of Community Gardens in New York City«, in: *Antipode*, 44 (3), S. 764-782.
- Eizenberg, Efrat (2012b): »The Changing Meaning of Community Space: Two Models of NGO Management of Community Gardens in New York City« in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 36 (1), S. 106-120.
- Follmann, Alexander/Viehoff, Valérie (2015): »A green garden on red clay: creating a new urban common as a form of political gardening in Cologne, Germany«, in: *Local Environment*, 20 (10), S. 1148-1174.
- Fyfe, Nicholas (2005): »Making Space for ›Neo-communitarianism‹? The Third Sector, State and Civil Society in the UK«, in: *Antipode*, 37 (3), S. 536-557.
- Fyfe, Nicholas/Milligan, Christine (2003): »Out of the shadows: exploring contemporary geographies of voluntarism«, in: *Progress in Human Geography*, 27 (4), S. 397-413.
- Ghose, Rina/Pettygrove, Margaret (2014): »Urban Community Gardens as Spaces of Citizenship«, in: *Antipode*, 46 (4), S. 1092-1112.
- Harvey, David (1989): »From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism«, in: *Geografiska Annaler Series B*, 71 (1), S. 3-17.
- Harvey, David (2003): *The new imperialism*, Oxford: Oxford Univ. Press.
- Harvey, David (2011): »The Future of the Commons«, in: *Radical History Review* (109), S. 101-107.
- Harvey, David (2012): *Rebel Cities*, London: Verso.
- Jessop, Bob (2007): »From micro-powers to governmentality: Foucault's work on statehood, state formation, statecraft and state power«, in: *Political Geography*, 26, S. 24-40.
- Knigge, LaDona (2009): »Intersections between public and private: community gardens, community service and geographies of care in the US City of Buffalo, NY«, in: *Geographica Helvetica*, 64 (1), S. 45-52.
- Lawson, Laura (2005): *City Bountiful: A Century of Community Gardening in America*, Berkeley: University of California Press.
- Linn, Karl (1999): »Reclaiming the Sacred Commons«, in: *New Village* 1, S. 42-49.

- Martens, Dörte/Zacharias, Malte/Hehl, Frauke (2014): »Gemeinschaftsgärten? Ja, bitte – aber wie?«, in: Halder, Severin/Martens, Dörte/Münnich, Gerda/Lassalle, Andrea/Aenis, Thomas/Schäfer, Eckhard (Hg.): Wissen wuchern lassen. Ein Handbuch zum Lernen in urbanen Gärten, Neu-Ulm: AK SPAK, S. 48-93.
- Maskovsky, Jeff (2006): »Governing the ›New Hometowns‹: Race, Power, and Neighborhood Participation in the New Inner City«, in: *Identities*, 13 (1), S. 73-99.
- Mayer, Margit (1991): »Postfordismus‹ und ›Lokaler Staat«, in: Heinelt, Hubert/Wollmann, Hellmut (Hg.): »Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren«, in: *Stadtforschung aktuell* 31. Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser Verlag, S. 31-51.
- Mayer, Margit (2003): »The Onward Sweep of Social Capital: Causes and Consequences for Understanding Cities, Communities and Urban Movements«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 27 (1), S. 110-132.
- McCarthy, James (2005): »Commons as counterhegemonic projects«, in: *Capitalism Nature Socialism*, 16 (1), S. 9-24.
- McCarthy, James (2009): »Commons«, in: Castree, Noel/Demeritt, David/Livermann, Diana/Rhoads, Bruce (Hg.): *A Companion to Environmental Geography*, Wiley-Blackwell, S. 498-514.
- McClintock, Nathan (2014): »Radical, reformist, and garden-variety neoliberal: coming to terms with urban agriculture's contradictions A Companion to Environmental Geography«, in: *Local Environment*, 19 (2), S. 147-171.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2004): *Unter dem Müll der Acker. Community Gardens in New York City, Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag.*
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2015): *Die Hauptstadtgärtner – Anleitung zum Urban Gardening – Tipps vom Allmende-Kontor auf dem Tempelhofer Feld, Berlin: Jaron.*
- Milligan, Christine/Conradson, David (Hg.) (2006): *Landscapes of Voluntarism. New spaces of health, welfare and governance, Bristol: Policy Press.*
- Peck, Jamie (2012): »Austerity urbanism«, in: *City*, 16 (6), S. 626-655.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): »Neoliberalizing space«, in: *Antipode*, 34 (3), S. 380-404.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2007): »Conceptualizing Neoliberalism, Thinking Thatcherism«, in: Leitner, Helga/Peck, Jamie/Sheppard, Eric (Hg.): *Contesting neoliberalism: urban frontiers, New York: Guilford Press, S. 26-49.*



- Porter, Libby/Shaw, Kate (Hg.) (2009): *Whose Urban Renaissance? An international comparison of urban regeneration strategies*. Routledge Studies in Human Geography, London: Routledge.
- Pudup, Mary Beth (2008): »It takes a garden: Cultivating citizen-subjects in organized garden projects«, in: *Geoforum*, 39 (3), S. 1228-1240.
- Purcell, Mark/Tyman, Shannon K. (2014): »Cultivating food as a right to the city«, in: *Local Environment*, 20 (10), S. 1132-1147.
- Quastel, Noah (2009): »Political ecologies of gentrification«, in: *Urban Geography*, 30 (7), S. 694-725.
- Rose, Nikolas (1996): »The Death of the Social? Refiguring the Territory of Government«, in: *Economy and Society*, 25 (3), S. 327-356.
- Rosol, Marit (2006): *Gemeinschaftsgärten in Berlin. Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung*, Berlin: Mensch-und-Buch-Verlag.
- Rosol, Marit (2010a): »Gemeinschaftsgärten – Politische Konflikte um die Nutzung innerstädtischer Räume«, in: Reimers, Britta (Hg.): *Gärten und Politik*, München: Oekom, S. 208-217.
- Rosol, Marit (2010b): »Public participation in post-Fordist urban green space governance: The case of community gardens in Berlin«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 34 (3), S. 548–563.
- Rosol, Marit (2012): »Community Volunteering as Neoliberal Strategy? Green Space Production in Berlin«, in: *Antipode*, 44 (1), S. 239-257.
- Rosol, Marit (2013): »Regieren (in) der neoliberalen Stadt. Foucaults Analyse des Neoliberalismus als Beitrag zur Stadtforschung«, in: *Geographische Zeitschrift*, 101 (3-4), S. 132–147.
- Rosol, Marit/Schipper Sebastian (2014): »Das foucaultsche Konzept der Gouvernementalität«, in: Oßenbrügge, Jürgen/Vogelpohl, Anne (Hg.): *Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen*, Münster: Westf. Dampfboot, S. 271–289.
- Schmelzkopf, Karen (1995): »Urban Community Gardens as Contested Space«, in: *Geographical Review*, 85 (3), S. 364-381.
- Schmelzkopf, Karen (2002): »Incommensurability, land use, and the right to space: Community gardens in New York City«, in: *Urban Geography*, 23 (4), S. 323-343.
- Smith, Christopher/Kurtz, Hilda (2003): »Community gardens and politics of scale in New York City«, in: *Geographical Review*, 93 (2), S. 193-212.

- Smith, Neil (1996): *New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City*, New York: Routledge & Kegan.
- Smith, Neil/DeFilippis, James (1999): »The Reassertion of Economics: 1990s Gentrification in the Lower East Side«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 23 (4), S. 638-653.
- Staeheli, Lynn/Mitchell, Don/Gibson, Kristina (2002): »Conflicting rights to the city in New York's community gardens«, in: *GeoJournal*, 58 (2-3), S. 197-205.
- Stein, Hartwig (2000): *Inseln im Häusermeer: Eine Kulturgeschichte des deutschen Kleingartenwesens bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs*, Frankfurt a. M. u.a.: Lang.
- Swyngedouw, Erik (2005): »Governance Innovation and the Citizen: The Janus Face of Governance-beyond-the-State«, in: *Urban Studies*, 42 (11), S. 1991-2006.
- Thatcher, Margaret (1987): Interview by Douglas Keay for *Woman's Own*, 23 September 1987. Published as »Aids, education and the year 2000!«, in: *Woman's Own*, 31 October 1987, S. 8–10.
- Vaiou, Dina/Kalandides, Ares (2015): »Practices of collective action and solidarity: reconfigurations of the public space in crisis-ridden Athens, Greece«, in: *Journal of Housing and the Built Environment*, S. 1-14.
- Wolch, Jennifer (1989): »The shadow state: transformations in the voluntary sector«, in: Wolch, Jennifer/Dear, Michael (Hg.): *The power of geography*, Boston: Unwin Hyman, S. 197-221.
- Wolch, Jennifer (1990): *The shadow state: government and voluntary sector in transition*, New York: The Foundation Centre.
- Wolch, Jennifer (2006): »Foreword: Beyond the shadow state?«, in: Milligan, Christine/Conradson, David (Hg.): *Landscapes of voluntarism*, Bristol: Policy Press, S. xii-xv.